

Jacco Pekelder, Max Dahlmer
Janka Wagner, André Krause (Hrsg.)

DIE ZUKUNFT DER DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND UND DEN NIEDERLANDEN

Parteien, Populismus
und Medien



WAXMANN

Jacco Pekelder, Max Dahlmer,
Janka Wagner, André Krause (Hrsg.)

Die Zukunft der Demokratie in Deutschland und den Niederlanden

Parteien, Populismus
und Medien

Unter Mitarbeit von
Inga Asrath, Maximiliane Boels, Casper Bouwmeester,
Jakob Schimdt, Christian Sichla & Franz Wulfmeier



Waxmann 2023
Münster • New York

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Print-ISBN 978-3-8309-4674-8

E-Book-ISBN 978-3-8309-9674-3

© Waxmann Verlag GmbH, 2023
Steinfurter Straße 555, 48159 Münster

www.waxmann.com
info@waxmann.com

Umschlaggestaltung: Pleßmann Design, Ascheberg
Umschlagabbildung: © imago-images.com | 163410002
Satz: MTS. Satz & Layout, Münster

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.
Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Schriftliches Grußwort zum deutsch-niederländischen Forum 2021

„Die Zukunft der Demokratie.“ Punkt. Der Titel des diesjährigen deutsch-niederländischen Forums setzt kein Fragezeichen hinter der Zukunft der Demokratie. Ganz im Gegenteil: Es gibt sich und uns allen den Auftrag, unsere Demokratien zukunftsfest zu machen, während sie von Mächten mit konkurrierenden Wertevorstellungen ebenso auf die Probe gestellt werden wie von technologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen im Innern. Ich freue mich auf die Ergebnisse Ihres Symposiums 2021!

Dieses Jahr wurde sowohl in den Niederlanden als auch in Deutschland gewählt. Dabei musste der demokratische Kompass viele Stresstests bestehen. Die Pandemie ist nur einer davon. Die Extremen polarisieren in Wahlkämpfen und die Wahlergebnisse spiegeln eine zunehmende Fragmentierung in unseren Parteiensystemen wider. Parlamentarische Mehrheiten müssen mit drei, vier oder mehr Parteien erarbeitet werden.

Ja, solche Entwicklungen stellen unsere Demokratien auf die Probe. Umso wichtiger ist es, dass wir den Auftrag, der heute von dem deutsch-niederländischen Forum ausgeht, als Gesellschaften ernstnehmen. Denn unsere liberalen Demokratien sind auf bürgerschaftliches Engagement angewiesen, um sich selbst zu behaupten. Sie brauchen neue Impulse. Sie brauchen Menschen, die nicht vor Verantwortung zurückschrecken, sondern sie suchen und bereitwillig übernehmen. Sie brauchen Mut, um Veränderungen zuzulassen, aufzunehmen und in neue Stärke umzumünzen.

Ich bin zuversichtlich, dass unsere Demokratien zukunftsfest sein können, wenn sie auf die berechtigten Erwartungen und den Gestaltungswillen der Bürgerinnen und Bürger mit Offenheit antworten. Das bedeutet auch, neue Formen der Beteiligung zu wagen und neue Wege in Politik und politische Institutionen zu ebnen. Und ich wünsche mir, dass wir diese Offenheit europäisch denken. Wir können über die Grenzen unserer Staaten hinweg als Gesellschaften viel voneinander lernen. Wir wissen zugleich auch: nur ein offenes und demokratisches Europa hat der Welt überzeugende Antworten anzubieten für eine gerechte Globalisierung, für Frieden und die Achtung von Menschenrechten und Völkerrecht weltweit. Nur ein starkes, vereintes Europa kann stark sein in der Welt! Mit Ausrufezeichen.

Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiches deutsch-niederländisches Forum 2021!



Frank-Walter Steinmeier
Präsident der Bundesrepublik Deutschland
Berlin, 25./26. November 2021

Inhalt

Einführung	9
<i>Jacco Pekelder, Max Dahlmer, Janka Wagner & André Krause</i>	

Teil I: Zum Stand der Demokratie in Deutschland und den Niederlanden

1. Veränderungen nach der Zeitenwende: Transformation managen	21
<i>Karl-Rudolf Korte</i>	
2. Wie sich die niederländische Demokratie über Wasser hält	31
<i>Wim van Meurs</i>	

Teil II: Aktuelle Herausforderungen für das politische System

3. Von 2017 bis 2021: Das deutsche Parteiensystem nach den letzten Bundestagswahlen	41
<i>Torsten Oppelland</i>	
4. Die niederländischen Wahlen von 2021 in drei Paradoxien	55
<i>Tom van der Meer</i>	
5. Der Staat in der (Corona-)Krise: Die Pandemie als „critical juncture“ für das politische System Deutschlands	77
<i>Stefan Marschall</i>	
6. Die etablierten Medien als Feindbild des Rechtspopulismus	91
<i>Nayla Fawzi</i>	

Teil III: Tendenzen der europäischen Jugendbildung und -teilhabe

7. Aktuelle Entwicklungen in der politischen Bildung in Deutschland	107
<i>Andreas Kost</i>	
8. Staatsbürgerliche Bildung in den Niederlanden: Herausforderungen, Chancen und die Rolle von ProDemos	119
<i>Frank Wanders & Eric Stokkink</i>	

9. Ein föderales Europa als Zukunft der europäischen Demokratie?	135
<i>Steffen Verheyen</i>	

Teil IV: Erfahrungsberichte und Anregungen

10. Wie ich lernte, Rutte zu misstrauen: Ein Blick von außen – auf die Schwierigkeiten des Ministerpräsidenten mit der Wahrheit und die verkorkste Corona-Politik seiner Regierung	149
<i>Thomas Kirchner</i>	
11. Journalistisches Engagement in Deutschland und den Niederlanden	155
<i>Juurd Eijvoogel</i>	
12. Die Zukunft der Demokratie bist Du	161
<i>Reinier van Lanschot</i>	
13. Zukunft der Demokratie in Deutschland: Die Energiewende	177
<i>Eva-Maria Grommes & Leonie Bremer</i>	
Die Autor*innen und Herausgeber*innen	187

Einführung

Jacco Pekelder, Max Dahlmer, Janka Wagner & André Krause

Wer seit dem Sommer 2022 in die Niederlande reist, kann die vielen Nationalflaggen im öffentlichen Raum – so zum Beispiel an Bauernhöfen, entlang der Autobahnen und an Wegkreuzungen – nicht übersehen. Angefangen im ländlichen Raum als Symbol der bäuerlichen Proteste gegen die Stickstoffmaßnahmen der Regierung in Den Haag, weht das Rot-Weiß-Blau mittlerweile auch in vielen urbanen Teilen des Landes. Mehr noch als ihre schiere Verbreitung sorgt aber ein anderer Aspekt für Staunen: Die Fahnen stehen auf dem Kopf, der blaue Streifen weht oben!

Natürlich ist dieses Symbol nicht völlig neu und einzigartig. Auch bei den „Freiheitsprotesten“ gegen die Coronamaßnahmen führten niederländische Demonstrierende schon umgedrehte Nationalfahnen mit, so wie auch bei deutschen Protesten zur selben Zeit neben der Reichsflagge und manchmal dem russischen Weiß-Blau-Rot oft das Schwarz-Rot-Gold der Bundesflagge umgedreht geschwungen wurde.

Dieses Umdrehen der Nationalfarben entstammt der Schifffahrt: Ein Schiff in Not kann dadurch signalisieren, dass es Hilfe braucht. Analog dazu benutzen amerikanische Protestbewegungen das Signal der umgedrehten Flagge schon länger als Andeutung dafür, dass ihr Land in eine existentiell bedrohliche Lage geraten sei. Es sind vor allem rechtsextremistische und rechtspopulistische, radikal national denkende Gruppen, die mit diesem Symbol die Entrüstung der unterstellt „patriotisch“ denkenden „Mitte“ der Gesellschaft provozieren wollen.

Problematisch an dieser Praxis ist vor allem, dass die auf den Kopf gestellte Fahne nicht nur zum Symbol für den Ernst der Lage der Nation stilisiert wird. Vielmehr symbolisiert sie auch, dass man zur Rettung der Nation Maßnahmen einsetzen dürfe, die normalerweise nicht in Betracht kämen. Die Demonstrierenden sehen sich legitimiert, sich – jedenfalls vorübergehend – über die geltenden Regeln und Gesetze hinwegzusetzen.

Damit bewegen diese Menschen sich weg von den Prinzipien der pluriformen, repräsentativen Demokratie, so wie wir sie nach dem Zweiten Weltkrieg angenommen und weiterentwickelt haben. Die Demonstrierenden verabsolutieren ihre eigene Einschätzung der angeblichen Notlage, ohne die normalen Verfassungsregeln und Gesetze zu respektieren, die garantieren, dass nicht eine partikularistische Sicht der Wirklichkeit alle anderen dominiert.

Sie sind also offenbar nicht mehr daran interessiert, zu erproben, ob ihre Sichtweise auch wirklich von der Mehrheit ihrer Mitbürger*innen mitgetragen wird. Und sie verschließen sich der demokratischen Frage, ob ihre Lösungsvorschläge, wenn sie denn durchgeführt würden, nicht eine Verletzung der Rechte und Interessen gewisser

Minderheiten mit sich brächten. Auch das passt nicht zu unserem Demokratieverständnis.

Dieses Gegenmodell, das die Demonstrierenden und ihre Sympathisant*innen – teils unbewusst – in den Raum stellen, wird auch als Vigilantismus oder Selbstjustiz (auf Niederländisch: *eigenrichting*) bezeichnet. Diesem Weltbild zufolge legitimieren sich die Macht des Staates und sein Gewaltmonopol nur dadurch, dass der Staat das „wahre Volk“ zu schützen vermöge. Schaffe der Staat das in ihren Augen nicht mehr, dann sei es erlaubt, wenigstens vorübergehend, die gewählten Politiker*innen und die von ihnen verwalteten Institutionen mit Bürgerwehren und anderen drastischen Maßnahmen zu „korrigieren“, um so das angebliche Staatsversagen auszugleichen.¹

Die umgedrehten Fahnen implizieren also ein Streben nach Selbstermächtigung und in ihrem Wissen darüber sind die Aktivist*innen von Rechts, die sie führen, ständig dabei, aus den gesellschaftlichen Reaktionen auf ihre Parolen und Taten eine Bestätigung ihrer Selbstjustizfantasien seitens ihrer Mitbürger*innen zu lesen. Es ist genau diese Tatsache, die es so gefährlich macht, dass viele Bürger*innen außerhalb des rechtsextremistischen oder rechtspopulistischen Spektrums sich mit diesem Symbol identifizieren. Denn es sind solche Momente der Bestätigung, die fließende Übergänge von politischem Protest zur politischen Gewalt schaffen. Die Randalierer von Chemnitz, der Mörder von Walter Lübcke, die Attentäter von Halle und Hanau – sie alle haben sich von den Äußerungen ihrer Mitbürger*innen, sei es im realexistierenden Freundeskreis oder in den sozialen und sonstigen Medien, in ihrer Radikalität bestätigt gefühlt.

Somit gehören die umgedrehten Fahnen zu den sichtbarsten Zeichen dafür, dass die Demokratie heutzutage in Bedrängnis geraten ist – und das nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande. Insbesondere seit dem Erfolg der „Leave“-Kampagne für den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union und der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten 2016 entstand unter Politikwissenschaftler*innen und anderen Expert*innen der Konsens, dass die Demokratie sogar weltweit bedroht wird. Zwei Politologen der Harvard Universität, Steven Levitsky und Daniel Ziblatt, publizierten bereits 2018 als Warnung eine wichtige historische Analyse, *How Democracies Die*, die auch für uns in Europa ein Denkanstoß sein sollte.²

In vielerlei Hinsicht sind die Bundesrepublik und die Niederlande besser aufgestellt als die Vereinigten Staaten – auch wenn beide sich schwertun, sich den gewaltigen kulturellen und politischen Einflüssen Amerikas zu entziehen. Einer der Vorteile beider Länder ist, dass sie kein präsidentielles System kennen, und dadurch nicht der medialen Wirkungsmacht eines Präsidenten ausgesetzt sind. Stattdessen richtet sich die Aufmerksamkeit der Medien und Institutionen auf eine Vielzahl von Ebenen und

1 Siehe Matthias Quent, *Vigilantistischer Terrorismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 66 (24–25), 2016, S. 20–26.

2 Steven Levitsky/Daniel Ziblatt, *How democracies die. What history reveals about our future*, London 2019 [Erstausgabe 2018].

Funktionen verteilt; in Deutschland muss die Bundesregierung ihre Autorität sogar mit sechzehn Landesregierungen teilen. Ein zweiter Vorteil ist, dass die beiden Staaten volkswirtschaftlich viel egalitärer sind als die USA, auch wenn die Wirtschaftspolitik der letzten 40 Jahre die Schere zwischen Arm und Reich deutlich vergrößert hat. Und drittens werden innenpolitische Schwankungen durch die Institutionen und Regelungen der Europäischen Union erheblich abgefedert – Amerika ist dahingehend viel mehr auf sich allein gestellt und entbehrt eines solchen Stabilisierungsmechanismus.

Man sollte sich aber nichts vormachen – auch in Deutschland und den Niederlanden steht die Demokratie vor zahlreichen Herausforderungen:

1. Auf parteipolitischer Ebene können rechtspopulistische bzw. rechtsextremistische Parteien, die die Glaubwürdigkeit zentraler Säulen unseres Systems – Parlamentarismus, Rechtsstaat und etablierte Medien – permanent in Zweifel ziehen, seit vielen Jahren auf großen Zulauf zählen.
2. Das Aufkommen solcher Akteur*innen hat zudem die Bildung von stabilen Regierungen auf allen Ebenen noch weiter erschwert. Politiker*innen sind bisweilen gezwungen, sehr breite Koalitionen zu schmieden, in denen sie auf der program-matischen Ebene viele Zugeständnisse machen müssen. Dies kann mitunter zu Frustrationen bei ihren Wähler*innen führen, deren Vertrauen in das politische System dadurch auf die Probe gestellt wird. Manche von ihnen mögen Zuflucht bei einer rechtspopulistischen oder rechtsextremistischen Bewegung suchen, die stets einfache Lösungen anbietet und deren Kritik an der Elite zu ihrem Markenkern zählt.
3. Darüber hinaus stellen Anhänger*innen von Verschwörungsmythen und -narrativen, die im Zuge der Coronakrise einen steten Zuwachs erfuhren, eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Demokratie dar. Man denke in diesem Zusammenhang an den nur knapp gescheiterten Sturm auf das Reichstagsgebäude im August 2020, den Sturm auf das Capitol in den USA im Januar 2021 sowie die dort auftretende QAnon-Bewegung. Diese letzte ist auch in den Niederlanden und Deutschland bereits im Rahmen von Demonstrationen in Erscheinung getreten. Sie sät aber ganz besonders im virtuellen Raum beständig an den Grundfesten unseres politischen Systems und scheint auch unter Parlamentarier*innen an ideologischer Einfluss zu gewinnen.

Hier sind also sowohl Aufklärung als auch Sensibilisierung vonnöten. Um dies zu fördern veranstaltete das Zentrum für Niederlande-Studien der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster am 25. und 26. November 2021 ein hochkarätig wie vielfältig besetztes Symposium unter dem Titel „Die Zukunft der Demokratie“. Dieses fand pandemiebedingt online statt. Kooperationspartner waren das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland, die Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, das Duitsland Instituut Amsterdam sowie die niederländische Organisation für politische Bildung „Pro-Demos“. Auch das niederländische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, die

niederländische Botschaft in Berlin sowie die Botschaft der Bundesrepublik in Den Haag setzten sich für das Symposium ein.

Das Symposium war die erste Auflage des „Deutsch-Niederländischen Forums“ im laufenden Jahrzehnt und stand in der 1996 als „deutsch-niederländische Konferenz“ angefangenen Tradition der regelmäßigen bilateralen Begegnungen, bei denen Vertreter*innen aus Politik, Wissenschaft und sonstigen gesellschaftlichen Sektoren der beiden Nachbarstaaten sich intensiv über aktuell relevante Themen austauschten. Auf den vorangegangenen Treffen besprach man unter anderem Fragen der Integration von Minderheiten, die Problematik der Wirtschaftstransformation in der Globalisierung und die Zukunft der europäischen Integration. Auch ethisch-politische Herausforderungen in Bereichen wie Sterbehilfe, Genmanipulation, Überalterung der Gesellschaft und Drogenpolitik wurden thematisiert.

Auch die Vertrauenskrise in den modernen Demokratien, die sich in der Kluft zwischen Bürger*innen und Politiker*innen, im Aufstieg der populistischen Parteien und im Abstieg der etablierten (Volks-)Parteien zeigt, wurde schon bei mehreren dieser einzigartigen deutsch-niederländischen Begegnungen besprochen. In der Thematik knüpfte das letzte Symposium dabei ohne Weiteres an die Vorgängerveranstaltungen an, die Veranstalter*innen wollten aber auch neue Akzente setzen. Neben einer wissenschaftlichen Analyse der Herausforderungen, sollten auch die Chancen der Demokratien in den Fokus gerückt werden; hierzu zählten mehr politische Bildung und das Bestreben zu größerer Teilhabe und Engagement in den Demokratien. Verschiedene Sprecher*innen boten deshalb Einblicke in die Praxis der politischen Bildung sowie des politischen Aktivismus. Sie verbanden dabei die zahlreichen Herausforderungen mit ihren Erfahrungen und zeigten Möglichkeiten auf, wie die Probleme unserer Zeit auf nationaler, europäischer und globaler Ebene – als Gegenentwurf zu national-chauvinistischen, autokratischen Tendenzen – durch mehr Teilhabe bewältigt werden können.

Der vorliegende Sammelband – in dem zum ersten Mal die Ergebnisse eines dieser gegenseitig äußerst inspirierenden deutsch-niederländischen Treffen publiziert werden – bündelt die wichtigsten Beiträge der gut besuchten Tagung.

Zunächst wagen im ersten Teil zwei prominente Wissenschaftler, der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte (Universität Duisburg-Essen) und der Zeithistoriker Wim van Meurs (Radboud Universiteit Nijmegen), eine Bestandsaufnahme des Zustandes der deutschen bzw. niederländischen Demokratie. Korte betrachtet die politische Lage in Deutschland vor allem im Kontext der Coronapandemie und deren anhaltender Bedeutung für das Regieren in der Bundesrepublik. Seine These, es habe sich ein „kuratiertes Regieren als Teil von robuster Resilienz“ breitgemacht, hat sich durch die Ukraine Krise wohl noch einmal bestätigt. Auch sein Standpunkt, dass es bei der Transformationsagenda der Ampelkoalition auf Kommunikation ankomme, findet im politischen Leben der Berliner Republik tagtäglich eine Bestätigung. Er merkt aber auch an, dass dies von den Regierenden aus dem Bedürfnis, Harmonie zwischen den drei Partnern herzustellen, noch oft missachtet wird.

Van Meurs zieht eine Langzeitbetrachtung der niederländischen Demokratie als Grundlage für einen deutsch-niederländischen Vergleich heran. So zeigt er auf, dass „Wahrnehmungen und Erwartungen, die sich aus Tradition und Idealbildern der nationalen politischen Vergangenheit speisen“, für den Stand der Demokratie in einem Land wohl mehr bedeuten als zum Beispiel eindeutige Hinweise auf die Zersplitterung des Parlaments – in der niederländischen Zweiten Kammer gibt es mittlerweile 20 Fraktionen. Es gehe darum, wie solche Tatsachen im Rahmen nationaler Geschichtserzählungen interpretiert würden – was es wiederum auch so schwierig macht, deutliche Schwachstellen in einem politischen System, wie der niederländischen Überbetonung der parlamentarischen Repräsentativität auf Kosten der Effektivität des Regierens, zu beseitigen.

Im zweiten Teil folgen vier Beiträge, welche die spezifischen demokratischen Herausforderungen analysieren. Zunächst beschäftigt sich der deutsche Politikwissenschaftler Torsten Oppeland (Friedrich-Schiller-Universität Jena) mit der Frage, ob die zunehmende Polarisierung zwischen den Bundestagswahlen von 2017 und 2021 auch zu einer schleichenden Unterminierung des Pluralismus des bundesdeutschen politischen Systems geführt hat. Er benutzt dabei die Typologie verschiedener Parteiensysteme des italienischen Politikwissenschaftlers Giovanni Sartori aus den 1960er-Jahren – insbesondere sein Modell eines polarisierten Pluralismus –, um zu untersuchen, welchen Risiken die deutsche Demokratie durch die Dominanz einer Mittepartei (bis 2021 CDU/CSU) und des gleichzeitigen Aufstiegs fundamentaloppositioneller Parteien von Links- und Rechtsaußen ausgesetzt gewesen sei. Gleichzeitig stellt er sich die Frage, ob sich dieses Problem in Kürze wiederholen könnte.

Danach bespricht der niederländische Politikwissenschaftler Tom van der Meer (Vrije Universiteit Amsterdam) den rätselhaften Ausgang der niederländischen Parlamentswahlen im Jahr 2021, die trotz der großen Unzufriedenheit mit der Regierungskoalition unter Führung des rechtsliberalen Ministerpräsidenten Mark Rutte schlussendlich in einem „Weiter so“ mündeten. Eine Langzeitsicht auf niederländisches Wahlverhalten zeigt laut van der Meer drei Paradoxien auf, die eine Antwort liefern können: Erstens eine Kombination von relativ geringem Wechselwahlverhalten trotz fortschreitender Zersplitterung der Parteienlandschaft, zweitens relativ konsistente thematische Wahlpräferenzen bei sich ändernden Sets von Auswahlmöglichkeiten, wobei sich den Wähler*innen seit kurzem insbesondere ein neuer Block rechtspopulistischer bzw. rechtsextremistischer Parteien präsentiert, und schließlich der Aufstieg von Misstrauen gegenüber der Politik als politisches Thema, was nicht bedeuten muss, dass das Vertrauen auch tatsächlich strukturell rückläufig wäre.

Im dritten Beitrag dieses Teils greift der deutsche Politikwissenschaftler Stefan Marschall (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf) die Diskussion darüber auf, ob die Coronakrise als „critical juncture“ (ereignisbedingte Weichenstellung) zu einer Verstärkung der bundesstaatlichen Institutionen auf Kosten der Souveränität der Länder gesehen werden muss. Marschall erweitert diese Frage auf die Konsequenzen der Pandemie für andere staatliche Prinzipien der bundesdeutschen Demokratie – Parlamentarismus, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit – und für das Staats-

vertrauen. Im Endergebnis sieht er ein rundum ambivalentes Bild: Es ist noch unklar, ob sich der Föderalismus und die Gewichtung der Institutionen des Staates sowie das Vertrauen in das politische System als solches in und nach der Pandemie tatsächlich verändert haben.

Im letzten Beitrag dieses Teils schaut die Kommunikationswissenschaftlerin Nayla Fawzi (Johannes Gutenberg-Universität Mainz) auf die Haltung der Rechtspopulisten gegenüber den etablierten Medien und die Gefahren, die daraus auf die Demokratie zukommen. Sie stellt dabei ausführlich dar, welche Merkmale dem Populismus seitens der Wissenschaft zugeschrieben werden, aus denen sich auch erklären lässt, warum die etablierten Medien als zentrales Feindbild der Populist*innen gelten. Somit entsteht eine differenzierte Sicht auf die Chancen und Gefahren des Populismus in der Demokratie, in der unter anderem klar wird, dass populistische Medienkritik oft nur als medienfeindliche Rhetorik betrachtet werden sollte. Trotzdem bringe diese Kritik manchmal auch valide Punkte, indem sie zum Beispiel herausstelle, dass Teile der Bevölkerung im politischen System unterrepräsentiert seien. Mehr Medientransparenz könne dabei helfen, den Stellenwert von Journalisten in der Gesellschaft zu stärken.

Im dritten Teil kommen die europäische Jugendbildung sowie ihre Teilhabe an der Demokratie zum Zug. Zunächst skizziert der Politikwissenschaftler Andreas Kost (Universität Duisburg-Essen), als stellvertretender Leiter der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen, die aktuellen Entwicklungen in der politischen Bildung in Deutschland. Aufbauend auf eine historische Darstellung der politischen Bildung seit den Anfangsjahren der Bundesrepublik, setzt Kost sich mit den aktuellen Herausforderungen der Demokratie und mit der Frage auseinander, inwiefern die politische Bildung diesen Herausforderungen entgegenreten könnte. Er folgert unter anderem, dass sich die politische Bildung noch nicht ausreichend auf den zivilgesellschaftlichen Wandel eingestellt hat, wodurch sie Gefahr läuft, die strukturelle Diskriminierung von bestimmten sozialen Gruppen zu reproduzieren. Auch eine weitere Entwicklung des Kompetenz- und Qualifikationserwerbs im Bereich der politischen Bildung und eine Erweiterung ihrer Stellung im Hochschulbetrieb sieht Kost als notwendig an.

Im zweiten Beitrag dieses Teils dokumentieren Frank Wanders und Erik Stokkink von der niederländischen Organisation für politische bzw. staatsbürgerliche Bildung „ProDemos“, wie in den Niederlanden vor ca. zwei Jahrzehnten als Reaktion auf Prozesse der Individualisierung, Globalisierung, sozialen Fragmentierung und Diversifizierung ein zunehmendes Interesse an der sozialisierenden Funktion der Schule entstand. Aus diesem Interesse entwickelte sich ein Auftrag zur staatsbürgerlichen Bildung für den Grundschul- und Sekundarstufenunterricht, über die seitdem in den Niederlanden heftig gestritten wird. Die Organisation „ProDemos: Haus für Demokratie und Rechtsstaat“ in Den Haag hat die – auch von der Regierung anerkannte – Aufgabe, die staatsbürgerlichen Einsichten niederländischer Jugendlicher zu schärfen, um der Demokratie in den Niederlanden eine festere Grundlage zu sichern.

Im dritten Beitrag geht es um die demokratische Partizipation der Jugend in der Bundesrepublik und den Niederlanden an der Gestaltung Europas. Stellvertretend für

viele präsentiert Steffen Verheyen, der Vorsitzende der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) Münster, ein flammendes Plädoyer für eine Vertiefung der europäischen Integration zu einer Föderation. Wie schon in den 1960er-Jahren festgestellt wurde, braucht es dazu einen sogenannten langwierigen gesellschaftlichen „Föderierungsprozess“, den die JEF mit ihren politischen Aktivitäten – darunter programmatische inhaltliche Ideenentwicklung, Bildungsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit – vorantreiben und mitgestalten wollen. Für Nordrhein-Westfalen heißt das zum Beispiel, dass JEF eine erfolgreiche Kampagne gestartet hat, um ein Bekenntnis zur europäischen Einigung in die Landesverfassung aufzunehmen. Verheyen deutet aber auch darauf hin, dass für eine weitere Stärkung der europäischen Identität auch eine inklusivere Sozialpolitik vonnöten ist.

Im vierten und letzten Teil sind Journalisten und Aktivisten aus den beiden Nachbarländern an der Reihe. Zunächst äußert sich der deutsche Journalist Thomas Kirchner (Süddeutsche Zeitung) sehr kritisch über den niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte. Er bekundet sein Erstaunen über Rutes Kommunikationsstil während der Coronakrise und über die Maßnahmen, welche die niederländische Regierung zur Bekämpfung beschloss – und unterließ. In seiner Kritik nimmt Kirchner auch einige niederländische Journalist*innen ins Visier, denn die hätten sich, laut dem bewährten Niederlande-Beobachter, viel zu leicht dem Narrativ der Regierung in Den Haag und der Expertenrunde (dem sogenannten Outbreak Management Team) angepasst. Stattdessen hätten sie zum Beispiel einmal den Vergleich mit dem Ausland erproben müssen, wo man überwiegend viel früher zu stringenten Pandemieeindämmungsmaßnahmen griff. Es führte sogar so weit, dass Kirchner die Beobachterposition kurz aufgab, um in einigen Beiträgen in den sozialen Medien darauf hinzuweisen, dass etwas im Staate Niederlande faul sei, um es Hamlet nachzusagen. Daraufhin erhielt er zu seiner eigenen Überraschung vor allem positive Reaktionen, ohne dass sich jedoch in Politik oder Medien des Nachbarlandes anschließend viel veränderte.

Kontrastierend skizziert der niederländische Journalist Juurd Eijvoogel (NRC, ehemals NRC Handelsblad), der zwischen 2016 und 2021 als Korrespondent in Berlin tätig war, die mediale Berichterstattung in der Bundesrepublik. Er äußert sich zunächst sehr positiv über die deutsche Medienlandschaft, kritisiert aber auch die Ausblendung populistischer Töne in Medienübersichten und Debatten in den etablierten, öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendungen. Seiner Meinung nach konnte die Alternative für Deutschland (AfD) deshalb in den ersten Jahren nach ihrer Gründung ohne ständige kritische Beobachtung durch die Medien als Stimme der Unzufriedenen und Vernachlässigten posieren, was ihr 2017 den Eintritt in den Bundestag brachte. Auch bestimmte journalistische Verhaltensregeln im Umgang mit Politiker*innen irritieren Eijvoogel noch immer, und er fragt sich, ob die Journalistenbranche durch ihre Nähe zum Politikbetrieb „nicht zu einer weiteren Erosion des Vertrauens in Medien und Politik“ beiträgt.

Den dritten Beitrag in diesem Teil liefert der niederländische Politiker Reinier van Lanschot, seit 2019 Präsident der politischen Partei VOLT Europa. Zunächst reflek-

tiert er die Entwicklungen des demokratischen Regierens seit dem Ende des Kalten Krieges in den letzten drei Jahrzehnten. Angesichts der negativen Trends der letzten fünfzehn Jahren unterstreicht er noch einmal, dass die Demokratie die beste Regierungsform ist, da nur sie den Weg zu einer gerechten Gesellschaft ebnen kann. Was aber heutzutage fehle, ist ein breites demokratisches Engagement, das sich nicht nur einem bestimmten sozialen Ziel, sondern auch dem Erhalt und der Stärkung dieser Regierungsform verschreibt. Er entwirft ein Programm, das die Bürger*innen ermuntern soll, sich breit zu engagieren. Dabei müssen, so der Europapolitiker, alle diese Maßnahmen europäisch gedacht werden, denn die Zukunft der Demokratie kann nur europäisch sein.

Last but certainly not least bietet der Sammelband zwei Klimaaktivistinnen ein Podium, die in ihrem Beitrag gleich zwei politische Initiativen vorstellen: Eva-Marie Grommes vom Forschungsprojekt MEnergy und Leonie Bremer von Fridays for Future. Bei MEnergy geht es darum, „die Akzeptanz von Technologien für die Umsetzung der Energiewende durch innovative Kommunikationskonzepte [zu] fördern“. Einerseits sei es die Komplexität der Materie, die eine Blockade aufstellt, andererseits gebe es starke Vorbehalte gegenüber der Energiewende an sich, auch weil der Klimawandel noch immer nicht von allen anerkannt werde. Deshalb nimmt MEnergy sich vor, die Partizipation von drei Zielgruppen bei der Energiewende zu stärken: Mitglieder der Generationen Y (Jahrgänge zwischen 1980 und 1996) und Z (1997–2012), Immobilienbesitzer*innen und Bürger*innen aus dem Low-Income-Bereich. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den beiden jüngeren Generationen, da sie als künftige Entscheidungsträger*innen gelten. Grommes wägt ausführlich die Herausforderungen und Chancen beim Erreichen der drei Zielgruppen ab und bietet einige Einblicke in die Projekte, mit denen MEnergy versuchen will, diese für mehr Engagement in der Energiewende zu begeistern. Als offensive Kommunikationsstrategie könnte man schließlich die mittlerweile allgemein bekannte Initiative Fridays for Future bezeichnen. Wie Leonie Bremer erklärt, will Fridays for Future mit öffentlichen Protesten die Einhaltung des am 22. September 2016 vom Deutschen Bundestag einvernehmlich unterstützten Pariser Klimaabkommen durchsetzen. Es ist nur konsequent, dass sie am Ende ihres Beitrags an die Lesenden appelliert, sich diesen „Protesten für eine gerechte und demokratische Transformation“ anzuschließen – damit liefert sie einen passenden Schlussakkord für den vorliegende Sammelband über die Zukunft der Demokratie.

Wir als Herausgeber*innen hoffen, dass die Beiträge als Ensemble oder einzeln zum Nachdenken über und zu aktivem Einsatz für die Demokratie in Deutschland, den Niederlanden und Europa (und darüber hinaus) anregen mögen. Analog zur Vielschichtigkeit unserer pluralistischen Demokratie finden wir es als Herausgeber*innen wichtig, dass auch die einzelnen Beiträge des Bandes inhaltlich und stilistisch von ihrer eigenen „couleur“ zeugen können – so haben wir es beispielsweise den Autor*innen in ihren Beiträgen selbst überlassen gendersensible Sprache zu verwenden. Wir sprechen hier ein herzliches Dankeschön aus an alle Autor*innen für ihre Teilnahme an dem Symposium am 25. und 26. November 2021 und für ihre fleißige

Schreibarbeit. Auch die Redner*innen, Moderator*innen und Mitorganisator*innen der Tagung, die in diesem Band nicht präsent sind, wollen wir hier erwähnen: Joep Bertrams, Tom de Bruijn, Seydâ Buurman-Kutsal, Jasper van Dijk, Jesko Friedrich, Christiane Frantz, Otto Fricke, Jonne Harmsma, Hanco Jürgens, Fabian Köster, Eva Larisch, Tom Louwerse, Tatjana Meijvogel-Volk, Miriam Müller, Ton Nijhuis, Cyrill Jean Nunn, Gerrit Voerman, Koen Vossen, Heiner Wember und an erster Stelle natürlich den ehemaligen Leiter des Zentrums für Niederlande-Studien Friso Wielenga, vielen Dank! Und wir danken auch allen anderen Kolleg*innen sowie den Studierenden und Freund*innen des Zentrums für Niederlande-Studien für ihre Unterstützung und den Enthusiasmus, mit dem sie unsere Projekte mit ermöglichen.

Zum Schluss ein Wort des Dankes an den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, der unser Symposium mit einem Grußwort eingeleitet hat – mit seiner Ermunterung an alle Deutschen und Niederländer*innen, die sich um die Demokratie bemühen, öffnet dieser Band.

Teil I:
Zum Stand der Demokratie in
Deutschland und den Niederlanden